

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementssatz mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließt. Bringerlohn monatlich 80 Pf. die Post bezogen vierzehntel. Nr. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5.— Erreicht magl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 18 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Geburtsfeier werden die 6 geplante Petitionen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeige 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55.

Dresden, Montag den 8. März 1909.

20. Jahrg.

Reichstag der politischen Unreife.

Das berüchtigte Bismarck-Kompromiss, dem die Blocken in der Finanzkommission des Reichstages zugestimmt erregt in den Bürgerlichen Sogern selbst steigende Misstrauung. Die Steuer-Wirren ist durch das Kompromiss nicht beseitigt worden, sondern sie wird dichter und dunkler.

In der Presse der Nationalliberalen und des Freisinnigen vielzählige Stimmen des Widerstandes gegen das Verhalten der Parteien in der Finanzkommission. Besonders die Kölner Zeitung, die wir bereits am Sonnabend äußerten, sich zur Vorführerin der Opposition gegen die Kompro- geburt. Diese Presse bemerkt wohl, daß die liberalen auch weit in ihrer Hündemut gegen die konservativen Klarer gesetzt sind und daß durch die Verteilung der Reichen in weitesten Volkskreisen eine Stimmung erwacht, die die liberalen Parteien geradezu zulässt werden müssen. Einliche Zeitung verhindert eine, wie sie sagt, von hochster Seite ihr zugegangene Zuschrift, in der ausgeführt wird:

"Die Ablehnung der Nachlasssteuer durch die Finanzkommission Reichstages ist der eindeutige Beweis für die politische Unreife der Römerheit. Ich kann und will noch immer nicht glauben, die Regierung zieht ihren Plan aus den Händen, minden-

Es gibt Augenblicke im Leben einer Nation, in denen Konflikte der Regierung mit dem Parlament, die ja sonst zum längsten Brod gehören, unabdingbar verwerthlich und schädlich sind. Das ist mir jetzt der Fall zu sein. Jetzt heißt es meiner Ansicht nach die Regierung: mit der Vorlage stehen oder fallen. Wenn Bezeichnung der Nachlasssteuer bedeutet den Sieg einer einzigen Interessenvertretung, dann die Regierung nicht hinnehmen ohne ihre Autorität und ihren Kredit zu verlieren. Ich sehe keinen Augenblick zurückzuschrecken, den Reichstag auf-

Ein schönes Gesäßnis in einem letzten Blatte des National-Blattes. Dahin also hat die herrliche Blockpolitik geführt, die Gefangenschaft des vielerhüteten nationalen Reichstages: der Reichstag der politischen Unreife! Das nationalliberale muß es ja wissen. Und gleichzeitig hat es nur allzu leicht recht. Die Reichsregierung ist in voroscher Verlegenheit, ihren Männern geht es drüber und drunter und keiner weiß, was werden soll. Die Norddeutsche Allg. Zeit. verzweigt in ihrem enkludisch auf jede Meinungsbürgertum und läßt nur vorläufige Gestammel:

"So viel zu leben, verhält sich die Diskussion außerhalb des Kreises der parlamentarischen Loge gegenüber im allgemeinen auf angemessene Weise. Zwischen den öffentlichen freien Meinungsäußerung und dem vom Parlament zur Schaffung einer definitiven Abordnungsgesetzgebung bestimmten Abordnungen wäre ja auch in einem vorgekündigten Zeitpunkt kein Maßstab der Einwirkung zu erhalten. Man ist dort robust und im Großen konzentriert; das erkennt man bestens bewußt denn auch das politische Denken."

"Man ist vollaus und im Großen konzentriert" — welche Meidche für die großen Staatsmänner des Kompromisskamms, Weber und Wiemer! Wir haben zur Kenntnis unserer Meinung geführt, daß der Reichskanzler Bölow überhaupt niemals schriftlicher der Nachlasssteuer gehandelt hat, daß sein zweitiges Verhalten vielmehr die Junier erst recht zum Widerstand gegen die Nachlasssteuer ermutigt hat. Auch der Schachterleiter und so hat bereits in der Kommission einen halben Umfallbracht. Es wird sich nun fragen, ob die Regierungen in einzelstaaten sich die Politik der Unreife des Block-Abstags gehalten lassen werden, aber ob sie wenn auch nicht aus Interesse an willkürlicher Belastung der Befindenden, so doch zum Zug ihrer eingestaatlichen Bindungen dem Reichskanzler und den Parteien und den zu Kreuze getroffenen Parlamentarien Widerstand leisten werden.

Andrererseits stellen sich die Konservativen — wie wir die schlaufenden unter den Römerhütern der Kompromiss — an, als ob das Kompromiss für sie ein schweres Opfer bedeutet, als ob es noch ganz ungewiß sei, wie die konservativen Abgeordneten sich schließlich an der Seite befinden werden. Die partizipative Konservative Korrespondenz schreibt:

"In der Steuerkommission des Reichstages ist ein vorläufiger Abschluß über Aufbringung der logenmässigen Abgänger zu erwarten, dem auch die sozialistischen Abgänger zugesellen. Diese Zustimmung hat indes nur auf die erste Entlastung der Vorlage bezogen und muß umso mehr als durchaus bedingt angesetzt werden, als jener oben erwähnte Abschluß zweitiges Entlastung in die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten umfällt, denen kaum die Mehrheit, leinefalls über die gesamte laufende Periode wird zustimmen können. Dieses haben auch die konservativen Fraktionenmeister bei Zustimmung ihrer Abstimmung erfordert und man wird deshalb jenes Zustimmung mit einer tatsächlichen Bedeutung behaftet. Erwähnung der Weiterversorgung der gesamten Vorlage kommt daher. In der Sache selbst hat die konservative Stellung völlig freie Hand."

Dies bedeutet natürlich lediglich, daß die Konservativen so zur Nachlasssteuer zurückzukehren sich entschließen könnten, es wollen nur den Anschluß erreichen, als ob sie noch ein großes Drängen durch die Zustimmung zu der betrügerischen, inhaltlosen Schein-Vollzähler. Die Konservativen bedenken sind nur weiterer Schadzug, um bei den anderen Steuergegenen als genetzung möglichst viel Sondervorteile, Brannweinleibesgaben dergleichen herauszuholen.

Besonders wirkt sehr gut unter den "Freisinnigen" her die wienerisch-fraktionale Freisinnige Zeitung, weil sich nur die dürfte Bemerkung abwenden: "Sollte das Besitzsteuerkompromiss dann ist es ganz selbstverständlich, daß das Projekt der Nachlasssteuer wieder in den Vordergrund tritt", das heißt nichts anders als: Wenn die Konservativen die Freiheitlichkeit haben, bei dem Kompromiss zu bleiben, dann sind die freisinnigen Helden ohne weiteres zum Werk an den Nachlasssteuer bereit; nur wenn die Konservativen absolut nichts mehr mit dem Freisinnkompromiss wollen, nur dann sind diese freisinnigen Ritter von der traurigen Geisterei bereit, wieder zur Unentwegtheit zurückzukehren.

Dagegen deutet einige andere freisinnige Blätter den tatsächlichen Schadzug der freisinnigen Fraktion sehr abschäßig. Der national-liberale Hamburgische Korrespondent hält den Freisinnigen höchst bei der Abstimmung der Angstschwäche auf der Stirn geblieben; sie befinden sich in der Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden. Der Hannoverische Courier bestätigt vollinhaltlich unsere Mitteilung, daß das logenmässige Kompromiss nur am Schein abgeschlossen worden ist, um möglichst rasch zu Hauptzwecke, zu den indirekten Steuern zu kommen. Er gibt zu, daß man diese "Scheinlösung" der Besitzsteuerfrage nur vorgenommen habe, damit die Liberalen in ihrem Schutz entbunden würden, daß sie sich vorher nicht mit den indirekten Steuern beschäftigen werden". Eine recht eigenartige Methode, Schwere zu halten!

Diese ganze Veratung der Steuervorlagen durch die Blockparteien gewährt das widerwärtige Schauspiel. Ein Schauspiel des erbärmlichen Geschwinders, der elendesten Steuerdrückeversetzes, der gewigsten Schwundelshochade. Wahrliech:

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1908.

Wie welchen riesigen Umfang die Geschäfte des Reichsvermötes angenommen haben, ist dem lieben herausgekommenen neuesten Bericht zu entnehmen. Das Personal bestand 1908 aus einem Präsidenten (Dr. Kaufmann), 2 Direktoren, 23 Senatsvorständen, 40 sonstigen ständigen Mitgliedern, außerdem noch 10 höheren Beamten als kommunalpolizeiliche Hilfsarbeiter. Dazu kommen 8 höhere Rechnungsbeamte, 144 Bureaubeamte, 1 Kanzleidirektor, 82 Kanzleisekretäre, 88 Diener, Bürokrat und Beamte, 68 Diätkräfte. Als Vertreter der Unternehmer und der Versicherten gehörten 264 Mitglieder dem Amt an. Richterliche Beisitzer und Hilfsrichter waren 99 vorhanden. Trotz dieses großen Beamtenapparates konnte das Amt von den vor sein Forum gelangten 54 060 (davon 15 449 aus dem Vorjahr) Beschwerben, Refusen, Streitigkeiten und Revisionen nur 36 811 erledigen, so daß 17 249 in das laufende Jahr hinzüber genommen werden mußten. Die Sprachpraxis des Reichsversicherungsamtes ist aber nicht eine launelige, sondern es muß vielmehr klage geführt werden über die Überlastung der einzelnen Sitzungen mit Fällen. Darunter leidet auch die Sorgfalt der getroffenen Entscheidungen. Bei jeder Debatte über den Statut des Reichsversicherungsamtes haben die sozialdemokratischen Redner die Errichtung von mehr Senaten verlangt, um die bestehenden zu entlasten und die Zahl der unerledigten Fälle zu verringern.

Niemand kann es allen recht machen, aber der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes erweist doch das heimliche Gefühl, daß auch die Sprachpraxis unseres höchsten sozialen Gerichtes allzusehr von dem bekannten Gesammt der agrarischen und industriellen Unternehmern über angeblich zunehmende Faulheit und Mangelnachfrage der Arbeiter beeinflusst wird. Das Amt deutet selbst auf die Verstrengungen der konservativen und ultramonianischen Klarer gegen die kleinen Unfallrenten hin und bemerkt vielfach, es hätte schon das geltende Recht gehabt, um dem unbegründeten (I) Anwachsen der Unfallzahl mehr als bisher (II) ohne Schwärzung der Rechte der Versicherten entgegenzuwirken. Die beigefügten Schiedspruchurteile zeigen denn auch, wie die Schiedsrichter das geltende Recht entwenden.

In den 114 Verursachen und den 540 Ausführungsabschöpfen waren 1908 insgesamt über 21.1 Mill. Personen gegen Unfall versichert. In der Gesamtzahl befinden sich etwa 1 1/2 Mill. Personen, die doppelt, d. h. gleichzeitig in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben versichert sind. Nach einer vorläufigen Ermittlung betrug 1908 die Zahl der angemeldeten Unfälle 855 859, wovon erstmals 141 848 entzöglicht wurden. In Unfallangelegenheiten wurden 422 012 berufungsfähige Urteile erteilt. In 74 570 Fällen wurde gegen die Urteile Berufung eingereicht. Die Behauptung der Arbeitseinde, das Einlegen der Berufung würde "sportlich" betrieben, nehme immer größeren Umfang an, ist unrichtig, denn auf je 100 Urteile sind Berufungen eingereicht worden 1890: 21.26, 1900: 21.01, 1908: 17.87. Speziell die von den Rentenbewerbern ausgehenden Berufungen sind von 20.07 in 1901 auf 8.01 in 1908 zurückgegangen. Dieser Bergang ist aus den Empfindungen der Rentenbewerber unfehlbar zu erklären. Die Schiedsgerichte haben nämlich von je 100 Fällen entschieden

| | Angefordert bei Rentenversicherung | Angefordert bei Versicherungsträgern |
|-------|---------------------------------------|---|
| 1898: | 31.21 | 43.57 |
| 1899: | 27.76 | 55.24 |
| 1900: | 23.18 | 64.54 |
| 1908: | 18.28 | 71.92 |

Die soziale Rechtsprechung hat sich dennoch zu ungünstigen Versicherten enorm verschlechtert! Gegen die Entscheidung der unteren Schiedsgerichte sind seitjährig 22 552 Refusen beim Reichsversicherungsamte eingereicht worden, wovon 18 665 durch Urteil erledigt wurden. Von je 100 Refusen wurden erledigt durch Bestätigung des Vorurteiles

| | eingereicht von den Versicherten | eingereicht von den Versicherungsträgern |
|-------|-------------------------------------|---|
| 1904: | 78.0 | 47.9 |
| 1906: | 81.1 | 46.8 |
| 1908: | 82.3 | 45.8 |

Auch am Versicherungsamte schneiden die Berufsgenossenschaften mit ihren Refusen gänzlich ab wie die Arbeiter. Die Zahl der abgewiesenen Refusen ist größer geworden, soweit die die Unprüfung der Verletzen betreffen. Angesichts dieser Tatsache ist es kein Wunder, wenn die Beschwerden der Verletzen über ungünstige Abweisungen sich vermehren. Doch ist hierbei ein wichtiger Umstand zu beachten. In den Terminen zur Verhandlung von Unfallsachen erschienen in 54.6 Proz. der Fälle weder der Verletzte selbst, noch ein Vertreter vor dem Reichsversicherungsamte. Über die Hälfte mußte also lediglich nach den Akten entschieden werden. Da es sich wesentlich um Akten der Berufsgenossenschaften handelt, nur ein geringer Teil der Verletzen hinreichend schreib- und geschwändig ist, werden die Senats naturgemäß aus den Akten vorwiegend ein dem Verletzen ungünstiges Bild gewinnen. Diese für sie so ungünstige Sprachpraxis ist für die Arbeiter eine neue Mahnung, sich in gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, denn durch die von den Gewerkschaften unterhaltenen Arbeiterssekretariate wird den Verletzten ein fachkundiger Beirat gestellt.

Das gleiche Bild finden wir bei der Invalidenversicherung. Es sind vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1908 anerkannt worden 1 632 873 Invalidenrenten, 90 476 Rentenrenten, 470 379 Altersrenten, insgesamt 2 193 728. Nach der 1899 in Kraft getretenen Änderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes nahm die Zahl der Rentner sprunghaft zu von 113 985 auf 152 246 in 1900. Hierauf erfolgten fortlaufende Revisionen des Rentenfestlegungsverfahrens seitens Beauftragter des Reichsversicherungsamtes. Die Folge war eine ganz enorme Verringerung der Rentenzahl bei gleichzeitiger starker Vermehrung der Versicherten. Das auf der Jagd nach Simulanten auch zahlreiche wirtschaftliche Berechtigte um ihre Renten gekommen sind, ist eine unbefriedigte Tatsache. Man beachte folgende Tabelle, Es wurden

| | Invalidenrenten bewilligt | Beiträge erhoben |
|-------|---------------------------|-----------------------|
| 1903: | 152 882 | 146.27 Mill. M. |
| 1905: | 122 888 | 161.29 " |
| 1907: | 112 220 | 178.84 " |
| 1908: | 116 852 | nach nicht ermittelt. |

Die Zahl der bewilligten Renten ging um mehr als 25 Proz. zurück in derselben Zeit (1908/1907), wo die Beitragssumme um mehr als 20 Proz. zunahm, was einer bedeutenden Vermehrung der Versicherten entspricht.

Das Reichsversicherungamt meint in seinem vorliegenden Bericht, die "rücksichtige Bewegung" der Rentenentschuldungen schiene 1906 ihren "tieffesten Stand" erreicht zu haben. Ob damit gelangt sein soll, daß rigorose Rentenquellen habe seinen Zweck erfüllt, aber ob es noch weiter angewendet werden soll, bleibt dahingestellt.

Die Nachweise der Rentenentschuldungen sind auch Beweise für die rigorose Rentenquellen. 1900 waren von 100 berufungsfähigen Verletzten 10.7 Proz. ablehnen, 1 Proz. entziehen. Die Ablehnungsentschuldigung stieg bis 1906 auf 20.9 Proz. der Gesamtzahl — in diesem Jahre wurde der erwähnte "Tiefstand" erreicht — und stieg bis 1908 auf 16.5 Proz. Dagegen sind die Entzündungen 1908 auf 8.4 Proz. der Gesamtzahl aus.

Auch gegenüber den Revisionen in Invalidenversicherungssachen erwies sich das Reichsversicherungamt für den Rentenbezieher ungünstiger entscheidend. Von je 100 Revisionen wurden erledigt durch Bestätigung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils

| | eingereicht von Versicherten | eingereicht von Versicherungsträgern |
|-------|---------------------------------|---|
| 1904: | 84.89 | 53.61 |
| 1908: | 87.08 | 28.90 |

Die Versicherungsanstalten legen natürlich nur Revision ein, wenn das Schiedsgericht eine nach Anfechtung der Versicherungsanstalten zu günstigen Spruch für den Versicherten fällt. Das Reichsversicherungamt bestätigt immer weniger die von den Versicherungsanstalten angefochtenen Urteile, bei der Gegenfeite liegt die Sache umgedreht. Hier spielt das von den Versicherungsanstalten eingeführte System der sogenannten "Vertauschungsrechte" mit ihren leider nur zu sehr vom Reichsversicherungamt anerkannten Urteilen eine den Versicherten sehr schädliche Rolle.

erlangt haben. Um dies zu verhindern, habe man sich in das Bürgertum hineingeworfen, der sich immer stärker und erst mit der Bestätigung des Klasseneinführungswesens erweisen werde.

Der Führer der Sozialdemokratie, der Genosse [redacted], führte aus, daß die Sozialdemokratie ja eigentlich mehr fordere, als bloß die Bestätigung des Klasseneinführungswesens. Sie habe sich aber absichtlich in ihrem Antrage diese Forderung beschränkt, weil sie einmal diese für uns anfehlt und dann auch den Gegnern einen Vorwand wolle, durch den sie die Reform des Wahlrechts abschwören könnten. Die alten Parteien wollten sich zuerst auf Erklärungen beschränken. So begann Dr. Bacharach von unten mit der Erklärung, daß seine Fraktion eine Debatte eröffnet habe. Doch gebe er zu, daß die Wahlen 1907 eine Bestätigung der vorher gelegten Forderungen erbracht hätten, doch dürfe man nicht nach dem Ergebnis der Wahl schon an eine Reform des Wahlrechts herantreten. Die alte Linken ließ sich über das zu einer Diskussion wobei sich einer ihrer Führer dazu hinreißen ließ, zu daß die ganze Wahlrechtsfrage eine nichtslagende sei, wegen deren man nicht so viel Zeit zu verbringen habe. Schließlich wurde der liberale [redacted] in einem Abstimmung mit 91 gegen 11 abgelehnt. Doch wird er schon bald wieder. Die nächsten Bürgerschaftswahlen, zu denen jetzt die Vorbereitungen beginnen, werden ohne Zweifel im Zeichen des Kampfes um das Wahlrecht stehen.

Die Eisenbahnverordnung. Berlin, 7. März. Der Termin in dem Meinungsprozeß gegen den Eisenbahnverordnung wird wohl noch lange hinausgeschoben werden, denn noch haben die Gerichte keine Stärke darüber erlangt, ob es prozessfähig ist oder nicht. Die wissenschaftlichen Deputationen haben sich jetzt über den Gesundheitszustand und die Frage, ob und wann es in der Regel sein würde, zu erneuten Hauptverhandlung vor Gericht zu erscheinen. Einige Herren dieser wissenschaftlichen Deputation werden jedoch nach Liebenberg begehen, um die erforderlichen Feststellungen zu machen.

Eine Denkschrift für den deutschen Staatsbahnbauwagen hat das nationalsozialistische Staatsministerium der Kammern übergeben. Die Denkschrift hebt hervor, daß die bürgerliche Regierung vom volkswirtschaftlichen, finanziellen und von nationalen Gesichtspunkten aus die Erfolgslosigkeit der Handlungen des Reichsverkehrsministers zu einer Betriebsgemeinschaft befürwortet, jedoch geplagt habe, bei der Betriebsgemeinschaft eines neuen deutschen Staatsbahnbauverbandes zu müssen. Die Wirtschaftsbehörde erachtet die Verhandlungen des Verbands mit Freude und mit der Überzeugung, daß der auf insbesondere des Eisenbahnbetriebs erzielte Fortschritt zu einer überaus wohlbekannten Anerkennung des deutschen Staatsvertrags auch auf anderen Gebieten führen wird.

Der Reichstag, maltes. Zwischen Preußen und Frankreich Grund für militärische Gegenleistungserklärungen die Küstenerierung wurde mit Minderjährigen infolge statt, als die Handlung Gelehrten belastet Teile mit Strafe bedroht ist.

Angen. Rücksicht Dr. Omann von der nationalsozialistischen Partei. Hessen soll wegen seines Erfolgs nicht sein, er habe sich bei der Siedlung in Bingen-Süd erhalten. Dagegen wird jetzt aus angeblich zu Quelle behauptet, daß Omann bei der Fall. Hatten Omannen in dieser Sache Erfolg gehabt, so würde das Wahlverbot ausgeschlossen sein. Die Nationalsozialisten im Kreiszen haben vollkommen selbstständig gehandelt ohne Rückgriff auf die Dr. Omann.

Militärische im Dienste staatsherrlicher Politik. Um Freitag verbreiteten in Gründen (Westhavelland) Schultheiß im Kreis Leibnitz Einladungen zu einer öffentlichen Versammlung, der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Götz kündigte Vortrag an. Die Versammlung sollte am Sonntag Tag in Götz stattfinden.

Die politische Nachrichten. Auf dem Wenzelplatz in Prag, der Bummel der deutschen Studenten vom Graben verlegt ist, kam es am Sonntag abends zu Subventionen. Studenten wurden mit Schüssen geschlagen, und einer durch einen der Wände verletzt. Der Wenzelplatz wurde von der Polizei geräumt. — Die "Sowjetische Union" im Reichsrat hat einen streng gehaltenen Feldzug gegen das Kabinett erhält. Einzelne tschechische Abgeordnete erklärten, daß in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhaus das Ministerium geworden ist. — Sonntag Nachmittag wurde in Paris ein Denkmal des früheren Ministerpräsidenten Fleuret enthüllt. Als mit Gallois, der an der Feier teilnahm, erhielt er leichten Rufen. Es war ein großer Erfolg, in dem mehrere aus der Menge unterging. Es wurde eine Unzahl Verhöhnungen. — Da eine Unzahl französischer Offiziere bei Holloman in Deutschland standen, ist vor dem Kriegsminister Rundschreibens, bei Gallionfabriken die Grenze zu erreichen. — Nach Meldungen des "Turiner Momento" wurde Rundschreiben eine Kugel des Papstes getroffen, die das Kaiserliche Münzamt für das Papstwahlrecht verhindert und den Rundschreibens bei Strafe der Exkomunikation verurteilte. Eine direkte oder indirekte Beeinflussung durch weibliche Männer während des Auslands zu dulden. — Präsident Lapi die Extra-Session des Kongresses auf den 15. März. Die Eröffnung, die in Rom England über das aus Amerika importierte verbotene, gefrorene Fleisch laut geworden ist, und da, daß England einseitigende Maßregeln gegen die Brüder erlassen könnte, haben unter den Chirurgen nicht geringe Bekämpfung erzeugt. Ein Regierungskabinett gegeben, daß entschlossenes Vieh aus dem französischen Teil entzogen, nach England verschifft werden soll. Die Regierung erlaubt den Staaten zu kaufen den Verkauf überfüllten Fleisches, wenn die Unterhaltung erfordert, daß die Schweinefleisch aus dem Ausland verhindert wird. Die Inflationen werden entfernt, und dann kann das Fleisch verkauft werden.

Rusland.

Italien.

Die Wahlen.

Rom, 7. März. Bis 12 Uhr nachts lagen 100 Wahlzettel vor. Danach sind gewählt 56 Deputierte, 18 von der konstitutionellen Opposition, 6 Radikale, 9 Republikaner und 11 Sozialisten. Außerdem sind in fünf Wahlkreisen Stichwahlen.

Rom, 7. März. Die Wahlen sind im ganzen Lande ohne Wissenswerte Zwischenfälle verlaufen. Nach den bis abends eingegangenen Resultaten wurden die früheren Minister Luzzati, [redacted] und Salandra wieder gewählt.

Rom, 7. März. Wahlergebnisse. In Mailand Stichwahl zwischen einem konstitutionellen und einem radikalen statt. Gewählt wurden seither zwei Ministerstellen,

ein Katholik und zwei Sozialisten. In Sizilien haben die konstitutionellen zwei Sitze verloren, die von einem Sozialisten und einem Republikaner gewonnen wurden. In Messina wurde „aus Dankbarkeit“ Ministerpräsident Giolitti gewählt.

Rußland.

Der Steinbock-Prozeß.

Petersburg, 7. März. Die Klage gegen den früheren Stadtbaurat von Moskau General Steinbock gelang am 19. März im Senat zur Verhandlung. Steinbock ist angeklagt wegen Erpressung, Bestechung und Vergehen aus Nachlässigkeit und Gemeinnützigkeit im Dienst.

Militär gegen Studenten.

Wartburg, 7. März. Gestern nachmittags fand in der kleinen Universität eine von etwa 500 Studenten besetzte Protestversammlung gegen das Wartburger Studentengesetz statt. Die Polizei trieb ein und verbotte die akademische Jugend auf die Universität zu verlassen. Umgekehrt 150 Studenten verbarscherten sich in einem Saal. Militär schritt ein und verhaftete alle Universitätsschüler und brachte sie in die verschiedenen Polizeiämter. 142 der Verbarscheten müssen in den nächsten 24 Stunden Polizeiverfahren verlassen.

Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Frankfurt a. M., 7. März.

In der heutigen Sitzung der Gesellschaft für Soziale Reform ersterter Generalsekretär Professor Dr. Krancke den Jahresbericht über die Tätigkeit der Gesellschaft in den Jahren 1907 und 1908. Die Verhandlung der letzten Generalversammlung 1908 in Berlin hätte nicht nur den wissenschaftlichen Diskussionen über den Arbeitsförderungstreit reiches Material geboten, sondern auch der Ausbreitung und Fortbildung des gewerblichen Eingangsbriefes in der Praxis einen harten Anstoß gegeben. Sowohl die Bevölkerungen, durch Besprechungen im inneren Bereich für den Arbeitgeber und die Tätigkeiten des Boden für Arbeitsschaffung verträge zu erneut, zunächst ohne greifbare Erfolge. Doch brachten sie innerhalb die Förderung auch auf diesen Gebieten in Fluss.

Mit großer Begeisterung erfüllte es die Gesellschaft, daß im Laufe der Vergangenheit mehrere sozialpolitische Aufgaben, deren Erfüllung durch die Gesetzgebung in Eingaben an Bundesrat und Reichstag verlangten, die Wirkung ausgeführt wurden. Dahin sei vor allem die Neuregelung der Frauenarbeit zu zählen. Schließlich seien die schon 1908 begonnenen umfassenden Karteien der Gesellschaft für die Errichtung und Gestaltung von Arbeitsschulen zu einem „allgemeinen“ Abschluß insofern gelangt, als Regierung und Reichstag sich jetzt mit einem Geschwintwurf beschäftigen. In vielen und wesenlichen Punkten unterliegt es erfüllt.

Der leichte Geschäftsbuchhaltung, Ende 1906, mußte mit der Feststellung der Tatsache schließen, daß damals für die Sozialpolitik eine Zeit der Unfruchtbarkeit herrschte. „Heute stehen wir mitten in einer fruchtbaren sozialpolitischen Regenzeit.“ Der einzige Verhandlungsgegenstand der heutigen Sitzung ist die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Der Referent Dr. Ernst Kahn (Frankfurt a. M.) gibt einige Zahlen über die Organisation und die sozialen Verhältnisse in Privatbeamtenland. Dieser Stand, der erst neueren Datums ist, umfaßte bei der Berufsausübung von 1882 300 000 bis 400 000 Personen, 1895 also 850 000 Personen und dürfte heute etwa 1 000 000 Personen umfassen. Die Gehaltstitulare stellen sich so, daß von den männlichen 60 Prog. weniger als 2100 M. Gehalt haben, 26 Prog. 2000 bis 3000 M. 14,8 Prog. über 3000 M.; bei den weiblichen 88 Prog. weniger als 1250 M., 24 Prog. 1250 bis 1800 M. 10 Prog. mehr als 1800 M. Der Gesamtbedarfsmittel ist bei den männlichen Privatangestellten 2046 M. bei den weiblichen 1135 M. Von den männlichen Privatangestellten sind zwangsversichert 55,1 Prog. freiwillig versichert 10,1 Prog.; von den weiblichen zwangsversichert 92,2 Prog. freiwillig versichert 1,1 Prog. Der Referent faßt seinen Standpunkt in Höhe zusammen, in denen es heißt:

„Die gegenwärtige Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist ungerechtfertigt, da die Leistungen der Reichs- und Invalidenversicherungen zu gering und den Bedürfnissen der Privatangestellten nicht angepaßt sind und die Pensionsfürsorge auf freiwilligem Wege nur einen kleinen Bruchteil der Angestellten angreift. Eine zuverlässige allgemeine Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist nur bei staatlicher Eingreifen und Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung für dieselben zu erreichen. Der Aufbau der bestehenden Reichs- und Invalidenversicherung erzielt nicht als ein gebotener Weg zu einer ausreichenden Pensionsfürsorge für die Privatangestellten; vielmehr ist die Schaffung einer sozialen Pensionsanstalt für die Privatangestellten anzustreben.“

Nachdem in der Diskussion mehrere Redner teils für die Sonderversicherung für die Privatbeamten, teils für den Ausbau des Alters- und Invalidenversicherung gesprochen hatten, nahm unter allgemeiner Zustimmung Staatsminister Groß Posadowsky-Behnert das Wort. Er führte aus: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur ganz kurz in Anspruch nehmen, und ich muß vorab bemerken, daß ich hier lediglich als Privatmann rede, der über viele Stimmen hinaus hinter den Kulissen lebt. Es haben sich infolge unserer industriellen Entwicklung in den letzten beiden Jahren industrielle Krise gebildet, die ein Personal beschäftigen, das die Bevölkerung ganzer Mittelstädte erreicht. Ich glaube, daß aus diesen Verhältnissen heraus der Wunsch gegeben ist, die Privatbeamten, die, wenn siestellungsgeworden sind, oft dem Staatlichen Dienst ausgestellt sind, ich sage, die Zukunft dieser unsterblichen Gehaltsgruppen zu sichern. Wir haben gehört, daß die vorliegenden statistischen Unterlagen nicht ein volles Bild von den finanziellen Wirkungen der Versicherung geben. Ich bin vollkommen einverstanden damit, aber ich bin auch der Meinung, daß die Statistik niemals ein vollkommenes Bild der finanziellen Wirkung eines Gesetzes geweben können. Ein vollkommenes Bild gibt es erst, wenn das Gesetz geschaffen ist, wenn man weiß, welche Anprüche an die Versicherung gestellt sind. Die Statistik hat immer getäuscht. Wir haben uns auch in Deutschland getäuscht bei unserer Pensionsversicherung, und wenn ich nicht den prahlenden Verhältnissen mit Reichsleistungen begegne, hätte sich schwierige Situationen ergeben. Wenn man jetzt eine neue Statistik aufnehmen wollte, bitte ich Sie, zu bedenken, daß dann dafür zunächst neue Mittel bereit gestellt werden müssen. Kommt man jetzt dazu, erst eine neue Statistik einzuleiten zu wollen, so würde Ihr Wunsch, die sozialpolitische Belastung hat viel mehr geheime Gegner als man glaubt. Glauben Sie mir, daß nicht alle Anträge, und wenn sie noch so schön klingen, immer ernst genommen sind. Wandler wird gegen uns aus italienischen Gründen und nicht aus italienischen Gründen. Es ist auf seiner Seite so viel Gewicht, als bei einer gewissen politischen Freiheit. Nun bedenken Sie auch noch, daß diese Maßnahmen in einer Zeit der schwiersten finanzpolitischen Krise fallen. Die Lage des Reiches ist eine äußerst schwierige, so daß man äußerst vorsichtig sein wird, neue Kosten auf das Reich zu übernehmen. Im übrigen betrifft auch die nächste Aufgabe des Reiches — das ist gefestigt — die Witwen- und Weiterversicherung. Es sind nun zwei Gebinden entwidelt worden, einmal der Ausbau des Alters- und Invalidenversicherung und zweitens die Zuflussklassen. Ich halte es objektiv für vollkommen ausgeschlossen, daß das Reich bei der Angliederung an die bestehende Alters- und Invalidenversicherung höhere Zulagen übernehmen als für die übrigen Versicherungen, und ich halte es für ausgeschlossen, daß zugunsten der Privatbeamten irgendwelche Privilegien gewährt werden. Für ausgeschlossene halte ich auch eine allgemeine Berufs- und Invalidenversicherung und Herabsetzung der Altersgrenze auf 50 Jahre. Bei den Privatbeamten liegen die Verhältnisse anders als bei den Arbeitern. Es würde jeder, der in seinem Beruf nicht mehr beschäftigt ist, hier Anvald sein und auf seine Ansprüche zu machen haben. Die Herauslösung der Altersgrenze würde eine zu große Belastung bedeuten, daß ich nicht glaube, daß zugunsten der Privatbeamten Reichsversicherung und Reichstag, namentlich im gegenwärtigen Moment der finanziellen Krise, zu ihrer Übernahme bereit seien würden. Wenn eine besondere Verständigung für Privatbeamte angeschlossen wird, wird das Reich nicht mehr tun können als die Übernahme der Kosten wie bei allen anderen Verhältnissen, vielleicht noch die Übernahme der Verwaltungskosten. Wenn Sie nun die Situation übersehen, müssen Sie bedenken, daß Sie gegenüber dem großen Ziel nicht verfehlten dürfen auf Kleinigkeiten. Es kommt darauf an, so schnell wie möglich ein Ziel durch ein Gelehrte innerhalb des Rahmens der politischen und finanziellen Möglichkeiten zu erreichen, und wenn Sie dieses Ziel erreichen wollen, kann ich Ihnen nur empfehlen, den Vorschlägen, denen die Reichsversicherung wohlwollend gegenübersteht, zuzustimmen. (Lebhafte Beifall.) Bedenken Sie, daß es auch von der Zustimmung der Reichsversicherung und des Bundesrats abhängt, ob auch viele sozialpolitisch mögliche Stimmen im Reichstag vorhanden sind. So handelt es sich dann doch darum, daß der Bundesrat diesen Beschlüssen seine Zustimmung erteilt. Was Sie erreichen wollen, ist abgesehen von allen Einzelheiten in der letzten Worte eine Finanzfrage: Was können Ihre Deute bieten, und was ist das Reich bereit zu tragen? Weiter finanzielle Kosten werden Sie vom Reich erzwingen können, als die, welche im Rahmen der bestehenden Invalidenversicherung liegen. Nach dieser unzweckhaften Schilderung müssen Sie sich in Ihren Wünschen beschränken. Ich kann nur das noch sagen: das große Alters- und Invalidenversicherungsgesetz steht heute ganz anders aus als damals, als Fürst Bismarck es geschaffen hatte. Es liegt im Laufe der Jahrzehnte zahlreiche fundamentale Änderungen vorgenommen worden. Die Privatbeamtenversicherung ist ein ganz neuer Kapitel, den die verbündeten Regierungen nur sorgfältig betreut haben. Das Gesetz wird manche Enttäuschungen bringen, aber auch manche neuen Gesichtspunkte. Ich bitte Sie, alle Meinungen und Gedanken zu lösen und in den Grenzen der Möglichkeit lebhafter Vorschlägen zu gestalten. (Wiederholter launenhafte Beifall.)

In der heutigen Sitzung der Gesellschaft für Soziale Reform ersterter Generalsekretär Professor Dr. Krancke den Jahresbericht über die Tätigkeit der Gesellschaft in den Jahren 1907 und 1908. Die Verhandlung der letzten Generalversammlung 1908 in Berlin hätte nicht nur den wissenschaftlichen Diskussionen über den Arbeitsförderungstreit reiches Material geboten, sondern auch der Ausbreitung und Fortbildung des gewerblichen Eingangsbriefes in der Praxis einen harten Anstoß gegeben. Sowohl die Bevölkerungen, durch Besprechungen im inneren Bereich für den Arbeitgeber und die Tätigkeiten des Boden für Arbeitsschaffung verträge zu erneut, zunächst ohne greifbare Erfolge. Doch brachten sie innerhalb die Förderung auch auf diesen Gebieten in Fluss.

Mit großer Begeisterung erfüllte es die Gesellschaft, daß im Laufe der Vergangenheit mehrere sozialpolitische Aufgaben, deren Erfüllung durch die Gesetzgebung in Eingaben an Bundesrat und Reichstag verlangten, die Wirkung ausgeführt wurden. Dahin sei vor allem die Neuregelung der Frauenarbeit zu zählen. Schließlich seien die schon 1908 begonnenen umfassenden Karteien der Gesellschaft für die Errichtung und Gestaltung von Arbeitsschulen zu einem „allgemeinen“ Abschluß insofern gelangt, als Regierung und Reichstag sich jetzt mit einem Geschwintwurf beschäftigen. In vielen und wesenlichen Punkten unterliegt es erfüllt.

Der leichte Geschäftsbuchhaltung, Ende 1906, mußte mit der Feststellung der Tatsache schließen, daß damals für die Sozialpolitik eine Zeit der Unfruchtbarkeit herrschte. „Heute stehen wir mitten in einer fruchtbaren sozialpolitischen Regenzeit.“ Der einzige Verhandlungsgegenstand der heutigen Sitzung ist die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Der Referent Dr. Ernst Kahn (Frankfurt a. M.) gibt einige Zahlen über die Organisation und die sozialen Verhältnisse in Privatbeamtenland. Dieser Stand, der erst neueren Datums ist, umfaßte bei der Berufsausübung von 1882 300 000 bis 400 000 Personen, 1895 also 850 000 Personen und dürfte heute etwa 1 000 000 Personen umfassen. Die Gehaltstitulare stellen sich so, daß von den männlichen 60 Prog. weniger als 2100 M. Gehalt haben, 26 Prog. 2000 bis 3000 M. 14,8 Prog. über 3000 M.; bei den weiblichen 88 Prog. weniger als 1250 M., 24 Prog. 1250 bis 1800 M. 10 Prog. mehr als 1800 M. Der Gesamtbedarfsmittel ist bei den männlichen Privatangestellten 2046 M. bei den weiblichen 1135 M. Von den männlichen Privatangestellten sind zwangsversichert 55,1 Prog. freiwillig versichert 10,1 Prog.; von den weiblichen zwangsversichert 92,2 Prog. freiwillig versichert 1,1 Prog. Der Referent faßt seinen Standpunkt in Höhe zusammen, in denen es heißt:

„Die gegenwärtige Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist ungerechtfertigt, da die Leistungen der Reichs- und Invalidenversicherungen zu gering und den Bedürfnissen der Privatangestellten nicht angepaßt sind und die Pensionsfürsorge auf freiwilligem Wege nur einen kleinen Bruchteil der Angestellten angreift. Eine zuverlässige allgemeine Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist nur bei staatlicher Eingreifen und Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung für dieselben zu erreichen. Der Aufbau der bestehenden Reichs- und Invalidenversicherung erzielt nicht als ein gebotener Weg zu einer ausreichenden Pensionsfürsorge für die Privatangestellten; vielmehr ist die Schaffung einer sozialen Pensionsanstalt für die Privatangestellten anzustreben.“

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsrat a. D. Kuhleman (Bremen), der feststellt, daß in der Debatte keine prinzipiellen, sondern nur tatsächliche Bedenken über die Art der Versicherung zur Sprache gekommen waren, schließt Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch die Versammlung mit der Befürchtung, daß die Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Auslauf die Fragen des Privatbeamtenrechts und der Pensionsversicherung der Privatbeamten weiter verfolgen werde.

Nach einem Schlusswort des Referenten Dr. Kahn und einem Resümee vom Landgerichtsr

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 55.

Dresden, Montag den 8. März 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Erklärungs-Manöver

Herr Langhammer steht in Szene, um die Tatsache vor etwas zu verdunkeln, daß er ein politisch toter Mann ist, würden von seinen Stützungen keine Notiz nehmen, ja nicht zugleich auch ein Licht auf Gustäde und klein-Eisernenleute im Hauptlager der sächsischen Nationalalaten würden.

Langhammer schreibt:

"Die Mitteilungen können nur durch einen großen Bruch seitens eines Vorstandes mit der Leistungsfähigkeit gelangen. Die Beschlüsse des Landesvorstandes sind nur den Mitgliedern desselben bestimmt, und diese sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Der Alt beweist zur Genüge, daß die Veröffentlichung in gleicher Weise von Seiten eines Parteigenossen erfolgt ist. Es geht offenbar um denselben Herrn, schon wegen seiner Haltung bei der Wahl vom 1. Februar und einigen anderen Herren der Aktion gegen über eine höchst merkwürdige Sache gespielt hat. Der Verteidige bemüht offenbar Vorsicht in der Tatendienste dazu, um seine feindliche Aktion gegen mich und seine Chemnitzer Parteigenossen zu verteidigen. Die Wiedergabe des Vorstandsbeschusses ist nicht richtig, und ich muß es mir versagen, über die Verhandlungen vorläufig an die Öffentlichkeit zu treten. Der Alt beweist der nationalliberalen Partei von Chemnitz und Umgebung wird sich heute mit der Angelegenheit beschäftigen, während ich noch ausdrücklich, daß ich schon vor Wochen Ungehörigen des Tapetenringes die Klage gegen Emilmann und Genossen angekündigt habe. Mein Sohn ist mit der Führung des Prozesses bereits beauftragt. Den gerichtlichen Feststellungen wird sich ergeben, daß die Sache gegen mich durchaus unberechtigt und unlauter geht. Das betreffende Vorstandesmitglied, das den Bruch begangen hat, hat nicht einmal so viel Geduld, daß das gerichtliche Ergebnis abzuwarten. Der Alt beweist mich und die Richtung, die ich vertrete, um noch meiner Meinung an seinem überreichten verfehlten Schritt getrieben. Das Urteil werde ich seinerzeit veröffentlicht und es soll dann zeigen, ob ich einwandfrei gehandelt habe oder nicht." Es ist höchst merkwürdig, daß ein ausgeschlossener Abstammter des Leipziger Tagesschlags, diese Mitteilung bringt."

Das Leipziger Tagesschlag bestreitet durchaus mit Recht, daß er nicht veröffentlicht zu haben, und fügt hinzu: "Hierin liegt hier abermals ein Widerspruch zu deren Erklärung des Herrn Langhammer vor. Gestern war es, die Notiz entsprach in keiner Weise den Tatsachen; heut ist es einschränkend, die Wiedergabe des Vorstandes ist nicht einmal richtig. Endlich stellen wir auf die eingegangenen Erklärungen an maßgebender Stelle doch eine ausdrückliche Verpflichtung zur Geheimhaltung Beschlüsse des Landesvorstandes nicht stattgefunden hat, nahm aber wohl an, daß die Angelegenheit vertraulich behandelt werden würde."

Sowohl die mit Sprachdummheiten reichlich ausgerüstete Chemnitzer Erklärung keine eigene rambonierte politische Wiederherstellung soll, verbiegt sie den Zweck vollständig.

Auffände in der nationalliberalen Partei aber werden nach Langhammers Schreiben allerleicht beleuchtet. Da scheint einer den andern am liebsten vergessen zu wollen. Rette uns die Freundschaft muss da erscheinen. Die Sache würde nur noch schlimmer für die Nationalliberalen, wenn sichlich herausstellen sollte, daß Langhammer überall von den Parteipressen in der bekannten Weise überfallen worden ist und diese die Sache schlimmer gemacht hätte als sie tatsächlich ist, was wir allerdings jetzt noch beweisen.

"Etwa nationalliberal."

Ein nationalliberaler Kandidat soll im 7. Landkreis Landtagswahlkreis dem eben wieder aufgestellten bisherigen alternativen Abgeordneten Mensch-Schämen entgegengestellt werden. Wie die freifinnigen Bischofsverdaer Nachrichten hört haben, sind Verhandlungen im Gange wegen eines Kandidaten, der etwa auf dem Standpunkt der nationalliberalen Partei steht und im Wahlkreis steht. "Etwa nationalliberal" ist einzuspielen; nationalliberal ohnehin eine kaum noch definierbare Farbe, und nun erst auch "etwa nationalliberal". Über so ist füglich die Karikatur auf die politische Gestaltung der Liberalen ganz treffend. Erinnerungswert ist ferner, daß vorläufig wenigstens, nicht politische, sondern Kirchumsinteressen als Grunde dafür gemacht werden, daß man mit Herrn Mensch nicht mehr zufrieden sein könnte. Er hat es bei dem Streit um die Frage, ob das Lehrerseminar nach Bischofswerda oder nach Chemnitz kommen solle, den Kirchumsinteressen in Bischofswerda nicht recht gemacht. Man sieht dort mit allen Kräften einzuholen zu sein, die bürgerliche Landespolitik noch weiter zur Karikatur herabzudrücken.

Gefängnisstrafen.

Die konserватive Partei scheint im 9. Landkreis Landtagswahlkreis (Amtsgerichtsbezirk Radeberg, Radeberg ab Dresden-Alt) im geheimen ja an nichts zu wählen. In verschiedenen Städten, momentan in Gemeindevertretung, sind Listen aufgestellt, worin steht, daß alle Wähler, die bei der am 6. März der Landtagswahl für den bisherigen Vertreter, Gemeindevertretung Erbauer in Radeberg stimmen wollen, sich einzutragen. Als Grund wird angegeben, daß man von der konserватiven Partei eine Übereinkunft haben wollte, ob Herr Erbauer gewählt werden würde. In einer kleinen Landgemeinde 9. Landkreis Landtagswahlkreis brachte am 6. März der Gemeindevertretung die omnibus Einzelnen ein, um in die Gemeinderatsbildung, um die Gemeinderatsmitglieder zum Einzeichnen zu veranlassen. Wie wir Jahren, ist man in diesem Gemeinderat mit größter Heiterkeit eine derartige Summation zur Tagesordnung übergegangen,

Bei dieser Macht muß vor allem festgenagelt werden, daß die Konservatischen sich der Gemeindevertretung bedienen, um ihre revolutionären Geschäfte befreien zu lassen. Die Gesellschaft fühlt sich noch wie vor als Nebenregierung und verachtet die behördlichen Organe für ihre Zwecke zu missbrauchen. Offenbar verachtet sie sich mehr Erbauer, wenn sie die Gemeindevertretung vor ihren Füßen spannt. Wie unter Beispiel zeigt, scheinen einzelne Gemeindevertretungen die Wahllegation für die konservatischen Landtagsabgeordneten auch als amtliche Aufgabe zu betrachten, die im Gemeinderat selbst erledigt werden muß. Es erscheint angezeigt, dieses Treiben sofort zu beobachten und nach Möglichkeit zu durchbrechen.

Ein Nachschlag.

Vor kurzem wurde aus Rottendorf in der Oberlausitz gemeldet, daß sieben Gemeinderatsmitglieder ihrer Gemeinde niedergelegt hätten wegen Angriffen auf ihre Tätigkeit in Gemeindeangelegenheiten. Später aber gaben die Herren die Streitgedanken auf und kamen arbeitswillig wieder zurück. Jetzt versuchten sie den Spieß umzudrehen und gegen den Angreifer zu richten, denn eine Meldung der Zittauer Morgenzeitung aus Rottendorf besagt: Bekleidungsfeste haben mehrere hiesige Gemeinderatsmitglieder gegen den Sozialdemokraten Gottschalk angestellt. Deutsche habe die Mitglieder in einer Versammlung heftig angegriffen, was zur Folge hatte, daß die Angriffen ihre Amtsstühle niedergelassen, die sie später aber doch beibehielten. In dem Prozeß tritt die Amtsstuhlsbehörde als Kläger auf.

Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig.

Von der Unmenge Angaben, die der kürzlich veröffentlichte Verwaltungsbericht für die Stadt Leipzig enthält, interessieren besonders die Zahlen über die Einwohnerbewegung und das Wohnungswesen. Es ergibt sich, daß die verhältnismäßige Zunahme der Haushaltungsmitglieder zwischen den vorletzten (1900) und letzten (1905) Zählung nur für die Familienhäupter und Chefsatzen auftritt, während die Zahl der Kinder zwar um 17.441 gestiegen ist, prozentual aber einen weiteren Rückgang aufweist, wie dies schon 1900 gegenüber dem Jahre 1895 der Fall war. Ein Vergleich zwischen Zimmermietern und Schlafläuten führt zu überraschenden Ergebnissen: Die Zahl der Zimmermietern ist gegen 1900 um 7307 gestiegen, die der Schlafläute um 4142 gesunken. Diese Verschiebung, die ausschließlich die männlichen Untermieter betrifft, wird im Bericht als ein günstiges Zeichen für die Gesundung des Leipziger Untermieterheims bewertet. Weitere soziale Rücksicht eröffnet die Feststellung, daß von den Spar- und Haushaltungen 21,5 Prozent Unter Vermietung treiben, von den Haushaltungen einzelner Frauen sogar 36,4 Prozent, also mehr als ein Drittel ihrer Gesamtzahl. In der hohen Zahl der Unter Vermietung deutet sich die Wohnungsknot deutlich aus, die im folgenden Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren hat.

Unternehmensgewinne während der Krise.

Nicht unähnliche Überschüsse in den Zahlen der Krise erzielten noch nachstehende Unternehmungen: Die Generalversammlung der Baumwollspinnerei Gedewitz bei Rötha legte die Dividende auf 15 Prozent fest. Der Geschäftsgang ist, so heißt es im Bericht, bei rechtlichem Ausdruck beständig "befriedigend". Die Leipziger Braunkohlenwerke, Altenbergschaft, Nullwitz bei Rötha und Städte ziehen auf Verlust einer Ausstellungsschicht eine Dividende in Höhe von 9 Prozent aus. Bei der Lugauer Baumwollspinnerei, vorm. H. Hey, Altenbergschaft, beträgt der Reinigungswert für das Geschäftsjahr 1908 einschließlich Vorlage 186.348 M., woraus 8 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

Der Steinlohlenbauverein "Gottes Segen" in Lugau erzielte einen Betriebserfolg von 1.655.913,88 M. Nach rechtlichen Abschreibungen und Rücklagen von insgesamt 400.000 M. verblebt ein Bruttogewinn von 1.255.913,88 M. Von diesem Betrag sollen u. a. 382.800 M. auf 2640 Stammaktien je 145 M., 101.500 M. auf 700 Prioritätsaktien je weiter 145 M., 713.400 M. auf 1230 Stammaktien 3. Emission je 580 M. zur Verteilung gelangen. — Die Röthaer Gleisfölderschaft und Straßenbahnen-Altenbergschaft erzielte nach Rücklagen in Höhe von 164.807 M. einen Reinigungswert von 240.507 M. Die Generalversammlung soll vorgezogen werden, hierbei 30.000 M. als 6 Prozent Dividende auf 1.000.000 M. Vorzugsaktien für ein halbes Jahr und 180.000 M. als 6 Prozent Dividende auf 3.000.000 M. Stammaktien zu verteilen. — Der Generalversammlung der Grunds- und Hypothekenbank A. G. in Plauen f. L. wird bei rechtlichem Ausdruck eine Dividende von 5 Proz. vorgezogen. — Der Amtsherr der Geräte Zulieferer und -waren in Gera-Triebes bringt für das Jahr 1908 wiederum 24 Prozent Dividende auf die Aktien Art. B und 30 Prozent auf die Aktien Art. A in Vorschlag.

Verhältniswahlsystem für das Gewerbegericht.

Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, nach der es für ermäßigt hält, daß vor der in § 15 des Gewerbegerichtsgesetzes vorgesehenen Fähigkeit wegen Einführung des Verhältniswahl zunächst allgemein Gebrauch gemacht werde, da die Verhältniswahl den wichtigen Vorzug habe, daß durch sie auch eine angemessene Vertretung der Wählerinteressen gesichert sei. Der Stadtrat zu Bautzen hat daher, wie die Zittauer Volkszeitung meldet, an die Arbeitgeber-Vereinigung und die Arbeitnehmer-Vereinigung des hiesigen Gewerbegerichts das Erleben gerichtet, je drei Mitglieder aus ihrem Kreise zur Bildung einer Vorschlagskommission wegen Umänderung des bei dem hiesigen Gewerbegericht geltenden Wahlverfahrens nach den Grundlagen der Verhältniswahl zu wählen und dem Stadtrat die gewählten mitzuteilen.

folgen einer Unterlassung.

Wegen Baugemeindestand vor den Geschworenen in Chemnitz die Schiedsgerichtsbehörde Alten-Baldau aus Radeberg. Sie hatte in einem Schiedsgerichtsverfahren eine wissenschaftliche Klage mit dem Alt befriedigt. Unter Einsicht der Öffentlichkeit wurde die Verhandlung fortgeführt, da die öffentliche Stillekeit gefordert wurde. Die Frau wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auf Weineck

sieht Radeberg, militärische Umstände kennt bei Weineck das Gelehr nur in den im Krieg selbst eng begrenzten Fällen. Ein solcher Ausschlußfall lag hier vor, wie die Urteilsverhandlung bestätigte. Danach hatte die Angeklagte Alt der Wahrheit zu widerstehen und darauf den Eid geleistet, daß sie mit einem Chemnitz Alt nicht im Geschäftsvorleben gekommen habe. Dieser Eid war ihr aber unter Mißachtung der gesetzlichen Bestimmung abgenommen worden, nach der sie über das Recht, die Auslage verweigern zu dürfen, wenn sie sich durch wahrheitsgegenwärtige Erstattung eines Vergehens beklagt und deshalb eine Verfolgung noch nicht ziehen würde, nicht belehrt worden war. Nach Lage der Sache durfte sie nicht beklagt werden. Weil es aber geheißen, in hand ihr nun der Strafmilderungsgrund des § 157 Abs. 1 des R. Str. G. v. zur Seite. Diese Bestimmung besagt, daß die an sich verhängte Strafe auf die Hälfte bis auf einen Viertel zu ermächtigen ist. Die Strafe wurde danach auf acht Monate zu Buch und bestrafen. Da aber ein Radeberg nicht unter einem Jahr erkennen werden kann, wurde die Strafe auf ein Jahr Gefängnis umgerechnet.

Wurzen. Von hiesigen Gewerbetreibenden wurde der Antrag gestellt, außer für Bäder und Fleischer den Achtstund-Ladenabschluß einzuführen. Ein Artikel der Geschäftsfleute stimmte zu, nur die Mehrzahl der Fleischhändler beantragte, für sie den geschäftlichen Schluss nicht einzuführen, während im Gegenteil fast sämtliche Fleischer boten, den Achtstund-Ladenabschluß auf die Gewerbe auszudehnen. Die Kreishauptmannschaft Leipzig erachtete die Gewerbebelebung Leipzig um ein Gutachten über die Angelegenheit. Sie sprach sich dahin aus, daß um zweckmäßigster und richtiger die einheitliche Regelung und Durchführung des Achtstund-Ladenabschlusses ohne jede Ausnahme für einzelne Gewerbebranchen sei. Wünschenswert sei nur der Erfolg von Bestimmungen darüber, an welchen Tagen alle Verkaufsstellen bis neun Uhr abends offen gehalten werden dürfen. Es steht zu erwarten, daß nunmehr auch in dieser Weise der Ladenabschluß in Wurzen geregt wird.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Wegen Schneeverwehung zwischen Grünthal und Königswalde ist der durchgehende Betrieb an den Linien Nienburg-Werder eingestellt worden. Die Bahn verkehrt daher nur noch auf der Teilstrecke Annaberg-Grünthal. Auf der Güterbahn Annaberg-Königswalde konnte dagegen nach Beendigung der Schneewehen vorzeitig der Betrieb wieder eröffnet werden. — Am Freitag hat sich in Sebnitz ein einsitziges Kind mit heißem Kaffee daran verbrüht, daß es seine Verletzungen erleben ist. — In Leipzig-Gönnern ist vor einigen Jahren alter Eisenbahner O. D. in einer Pegeung zu Hause gekommen und hatte hierbei einen kleinen Petroleumunfall erlitten. Durch das auslastende Petroleum, das sich entzündete, entstand ein großer Brandwund, daß er bald daran starb. — Ein schwerer Unfallstall ereignete sich auf dem Bahnhof in Rötha. Beim Rangieren zweier Wagen stieg der 38-jährige Bahnhofarbeiter Franz Müller auf, stürzte hin und wurde von einem Wagen überfahren. Es wurde ihm das linke Bein sozusagen völlig abgetrennt. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in die Klinik des Herrn Dr. Henrich. — Ein großlicher Unfallstall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich Sonnabend früh auf dem Hauptbahnhof in Zittau um 6 Uhr. 30 Minuten vor dem Abfahrtsterminal stand ein Wagen auf der Bahn mühelos die Eisenbahn-Schaffner Paul Weidlich, der Dienststunden, um gleich nach Ankunft des Zuges die Türen der einzelnen Waggons öffnen zu können. Hierbei stürzte er auf dem gestoßenen Trittbrettfuß aus, fiel zu Fall und geriet unter die Wagen des Zuges. Dem Unfallischen wurden die Knochen, ein Teil der Brust und die Arme beschädigt abgeschnitten; der Tod trat auf der Stelle ein. — In Sebnitz zu Rötha ist ein 18-jähriger Bahnbediensteter der Bahnstrecke Chemnitz-Rötha, der sich unter dem Namen „Schneiderader“ bekannt, Eisenerzherde die Achse durchschneiden. Dieser war ein alter Mann und brachte die Tasche begangen haben, weil er an einer unheilbaren Krankheit litt. — Eine schwere Unterbrechung erfuhr eine Schlepppartie, die den Wirt des Restaurants zum Schweizerhaus Troschütz in Bautzen mit seiner Familie unternahm. Zum Schluß zeigte sich, daß alle Wärschaften mitgenommen. Zum Schluß explodierte unter furchtbarem Knall eine der Flaschen, wodurch die Türe des Wirts durch die austreibenden Dämpfe an beiden Seiten schwer verbrüht wurde.

Stadt-Chronik.

Aus dem Dresdner Parteileben.

In einer Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis erläuterte Genosse Sindermann Verlust über das neue Organisationsstatut des Partei. Er will zunächst daran hin, daß die Zahl der organisierten Parteimitglieder in Deutschland seit den letzten Reichstagswahlen von 350.000 auf 580.000 gestiegen sei. Eine so große Partei beruft auch einer jungen Organisation, durch die die Verhältnisse der einzelnen Mitglieder zu einander und zur Partei geregelt werden. Als selbstverständlich ist dabei von vornherein anzunehmen, daß die Unterordnung der Minotilat unter die Verhältnisse der Majorität die Grundbedingung für ein geordnetes Leben in der Partei bilde. Schon mehrere Male sei das Organisationsstatut einer Mission unterzogen worden. Die Einführung des Reichsvereinigungsgeistes bedingt aber, daß die den früheren einzelstaatlichen Vereinigungen angepaßten Verhältnisse nunmehr einheitlich geregelt werden. Der Ründerberger Parteiring habe zu diesem Zweck eine Kommission eingesetzt, als deren Resultat der Entwurf eines neuen Organisationsstatuts für die deutsche Sozialdemokratie vorliegt. Die neue Organisationsform sei eine streng zentralistische. Zu eingerichteter Weise berichtet Genosse Sindermann über die Aenderungen, die im neuen Statut vorgenommen worden sind, wobei er besonders die Mitgliedschaft zur Parteianordnung, die Belebung der Beiträge, die Organisation in den einzelnen Wahlkreisen, die Delegation zu dem Parteitag und das Ausschlußverfahren besonders hervorhebt. Die außerordentliche Organisation der sozialistischen Wahlkreise habe in vielen Punkten als Ründerberger gegeben. Der Ründerberger bestone, daß auch noch in Zukunft bei einer so großen Organisation wie der sozialdemokratischen nicht nur nach dem Bischöflichen geurteilt werden darf, sondern daß der die Mitglieder bezeichnende Geist der Arbeitsfreudigkeit und der Opferwilligkeit der Träger unserer Bewegung und der Maßstab für die Beurteilung von Verfehlungen sein muß.

In der Debatte bestrengte Genosse Reichelt, daß auch nach dem neuen Organisationsstatut die gesamte Reichsdeputations-Hilfe auf den Parteitag haben soll. Er hofft, daß bei der nächsten Wahl die Zahl unserer Abgeordneten bestetzt bleibt. Rüderen Reichstagabgeordnete das Bedürfnis, auf dem Parteitag anwesend zu sein, so könnten sie sich in ihren Kreisen wählen lassen; er bedarf sich vor, zum nächsten Parteitag einen derartigen Antrag einzubringen. Demgegenüber weiß Genosse Sindermann darauf hin, daß bis jetzt den Parteitagen immer nur ein Viertel bis ein Drittel der Abgeordneten beigewohnt hat. Vorwiegend würde ein derartiger Antrag noch auf

Der außerordentl. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Neben den Parteitagen, der zu Den Haag am 13. und 14. Februar tagte, haben wir uns berichtet. Wegen der verhängnisvollen Folgen, die der Parteitag für die Arbeiterschaft Hollands hatte gebracht, hat, tragen wir auf dem ausführlichen Verhandlungsbereich, den jetzt der Vorwärts veröffentlicht, die wesentlichsten Stellen nach.

Nach dem Eröffnungsvorstand und der Begrüßungsansprache nahm als Vertreter des Parteidankes zunächst das Wort: Genosse Bliegenz: Niemand denkt davon, die Arbeiterschaft in der Partei zu bestimmen. Wenn aber das Auftreten einer Gruppe in der Partei zu Verhältnissen führt wie diejenigen, dann sei des Bestreben der Partei in Frage gestellt. Wegen bestreiter, dass zwischen der Parteimitte und den Margisten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen, die zur Säaltung nötig sind. Wäre es wahr, dass die Partei durch den Revisionismus auf andere Parteien als früher gehoben werden, so im Gegensatz zu den anderen internationalen Parteien, dann müsste dies mit Tatsachen bewiesen werden können, was noch nie geschehen sei. Die holländische Partei lebt auf genau denselben Grundlagen als die Parteien in anderen Ländern. Sie habe man die Margisten aus der Partei werken wollen. Der Wert des Parlamentarismus werde verschoben abgeschafft, aber kommt man zu Toten, kann man auch hierin auf gleichen Standpunkt. In der Konferenz vom 31. Januar war die größte Schwierigkeit der marginalistischen Teilnehmer, dass sie in ihrer freien Meinungsführer behindert würden, sie hätten das Gefühl der Unterdrückung. Wie, außer in der Tribune, sei geklagt, dass die Tatsat verfehlt sei. Infolge dieser Erwähnungen kam der Antrag des Parteidankes, ein Wochenblatt als Zeugnis zu Het Volk unter Redaktion von Margisten, wogegen Genossen Roland-Götz und Dr. W. Böhme ausschließen wurden, herauszugeben. Dieses Wochenblatt müsse dem Het Volk angegliedert werden, damit die Margisten alle Leute von Het Volk erreichen könnten, was die Tribune nicht könnte. Ein gewiss gemeinschaftliches Zusammenwirken mit Het Volk sei nötig, ein selbständiges Wochenblatt aber nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit könne die Partei dieses herausgeben. Ein besonderes Wochenblatt wurde als ein Organ angesehen werden, das die ganze Parteimitte wiedergibt, und das sei nicht der Fall. Die Folge der Errichtung des Wochenblattes müsse die Aufhebung der Tribune sein, das müsse festgestellt werden. Das Weiterbestehen der Tribune würde jeden guten Einfluss des Wochenblattes und jedes guten Zusammensetzen verhindern. Mit Parteidanken, wie den Tribune-Mediatoren, sei nicht zusammen zu arbeiten. Der ganze Parteidank sei der Ansicht, dass die Tribune verschwinden müsse.

Dann spricht Genosse Heldingen, Mitglied der Kammerfraktion, als Vertreter einer der Minoritäten im Parteidankvorstand. Er wendet sich gegen die Errichtung eines Wochenblattes, in welchem er eine Belohnung der Untergang der Tribune sieht. Dieser Vermittlungsvorschlag müsse ablehnen, da er nur diese, die Margisten auftrieben, zu stellen. Redner weiß auf die Gefahr hin, dass viele Margisten, selbst Abteilungen der Partei, diese verlassen würden, falls die Tribune-Mediatoren ausgeschlossen würden. Er will die Margisten in der Partei behalten, aber verlangt, dass sie die Tribune fallen lassen und auch auf das Wochenblatt verzichten.

Als Vertreter einer zweiten, der marginalistischen Minorität im Parteidank, spricht Genosse Mendels. Mit der Kleinmächtigen Mehrheit habe der Parteidank sich für Ausschluss der drei Tribune-Mediatoren ausgesprochen. Gitterteit war in die Meinungsverschiedenheiten gekommen und Verwirrung in den Ton. Hauptrede wurde da für den Parteidank — und Trostlos besonders stellte dies in den Hintergrund — eine Basis zu finden, wie die verschiedenen Parteidankungen zusammenarbeiten könnten. Da wurde im Parteidankstand der unvorbereitete Antrag zur Errichtung des Wochenblattes gestellt, der überauslich bestehen, um zu verhindern und diese auszugleichen, nicht auf Grund dessen, was geschildert sei, sondern was noch geschrieben werden würde. Der Parteidank habe mit seinem jetzigen Antrag gänzlich seinen Standpunkt geändert. So lagte der Parteidank vor dem Tribune-Mediatoren noch zu Ernehr, er lasse sich von niemand bestimmen, zu schreiben was und wo er wollte. Anfangs wollte der Parteidank die Tribune-Mediatoren nur auf Grund einer eventuellen Überprüfung der von ihnen abgelegten Erklärung aus dem Partei austreten, jetzt beantworte er den Ausschluss bei Richtungserhebung der Tribune. Redner weiß auf das Bestehen von Plänen und Reisschritten, die von der Meinung der Parteimitte abweichen, im Ausland hin und waren eindeutig vor dem Ausschluss.

Hortum (Amsterdam 2): Die Parteidankstatuten enthielten feindliche Bestimmung, die Tribune zu verbieten. Das Programm aber forderte volle Freiheit der Meinungsführung. „Aber darf“, rief er den Abgeordneten zu, „Parteidankern den Mund nicht schließen, weil ihr euer Artikel fürchtet“. Die Blinde Werell (das Blatt der sozialdemokratischen Partei) sei für Redner ein fettes Alptrübe, deshalb wolle er aber doch nicht diese Gruppe ausschließen. Die wissenschaftliche Monatschrift De Nieuwe Tijd wollte man behalten, da sie nur 800 Abonnenten erreichte, die Tribune aber, die nur 8 Cent koste, erreichte die Arbeiterschaft und darum solle sie weg.

Duys-Joandom vergleicht die Tribune-Mediatoren mit den Erfurter Parteidankungen. Jungen, wird wegen persönlicher Ausfälle wiederholte unterbrochen, findet aber den Vortrag der Wohlheit. Er fordert bedingungslos Ausschluss.

Von der Waarden (Amsterdam 5) wandte sich speziell gegen Het Volk, das während aufstehen, wenn Artikel gelesen werde, und sein Wohlwollen lenne. Das Verbot, die Tribune in einer sozialdemokratischen Versammlung, wo Trostlos sprach, zu foltern, sei eine Schande. Zu Erfurt seien die Leute ausgeschlossen worden, weil sie geschildert hätten, dass die Führer die Partei korrumptierten.

Trostlos (unterbrechend): Gehört, und die Tribune schreibt, die Kammerfraktion steuerte bezüglich noch einem Blatt mit den bürgerlichen Parteidankungen, wogegen es aber nicht, eblich zu angezeichen.

Von der Waarden erwidert zum Schluss die Tribune-Mediatoren im Parteidankertreffe, ihr Blatt aufzugeben.

Genosse Bob-Siel (Westeren): Die Redaktion von Het Volk muss mit zwei Wahlen. Wählen sage man, doch in der praktischen Politik kein Unterschied besteht, die Margisten führen aber verschiedene Handlungen der Partei für verfehlt. Die zwei marginalistischen Mediatoren des Wochenblattes seien gegen die Revisionisten vom Het Volk heis in der Minorität. Trostlos könne man verfeheln, ob es gehe. Rednerin teilt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf für die Bezeichnung der Parteidank ein.

Vorster-Walther-Wolke (von der Blinde Werell-Gruppe) spricht gegen eine Verpflichtung zur Aufstellung der Tribune, obwohl er in fast jeder Hinsicht gegen den in der Tribune gedruckten Ausschluss sei. Auch dagegen ist ihm vor dem zu errichtenden offiziellen Wochenblatt der Margisten, besonders wenn dies den historischen Materialismus darin propagieren sollte. Trostlos erläutert er das neue Organ und zwar zur Bewahrung der Einheit, die jedoch mit dem drohenden Ausschluss der drei Tribune-Mediatoren in Frage gestellt werde. Man müsse aufpassen, dass sich keine zwei Parteidankorganisationen bilden und sollte die Tribune einen zentralen Zuhörer lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtszeitung.

Militärgericht.

Gingierte Treffer. Beim 108. Infanterieregiment in Boulogne schaut ein sehr erster Wett auf eine Schießkunst gezeigt zu werden. Schon aber hatte sich der Kriegsschreiber mit Durchsuchungen während des Schießens zu beschäftigen. Vorwurf war's ein Getreiter, Paul Karl Böhlke von der 9. Kompanie, der einzigen Soldaten zur Schulbildung ihrer Nebensachen verboten haben sollte. Während des Schießens am 9. Februar revidierte der ausführende Lieutenant nochmals am 10. Schuss die Scheibe und siehe da — es waren vier feindliche Kugeln getroffen worden. Böhlke hatte als hervorragender Verteidiger bestanden werden, Böhlke hatte die Relativität anzusehen; während der Verhandlung behauptete er, dass der an der Scheibe befindliche Soldat jedenfalls befreit sei, da die Normen vertraglich gestellt habe. Doch der Generalmajor wiederholte wiederholt dieser Verhandlung ganz energisch und erklärte, dass ein viermaliger „Terror“ bei den Schüssen vollständig ausgeschlossen sei. Trotzdem sprach das Gericht den Angeklagten von der vorläufigen Entlastung einer halben Meldung frei. Von dem erledigten Verdacht habe sich der Ankläger nichts zu reinigen vermocht, doch sei die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Soldat getötet haben könnte, nicht ganz von der Hand zu rufen.

S. 175. Eine größere Verhandlung wegen Vergebens nach § 175 des Strafgesetzbuchs (Ungern mit Kindern unter 14 Jahren) in Verbindung mit § 175 fand am Sonnabend vor dem Kriegsgericht statt. Angeklagt war der Kaufmann, jeglicher Soldat Hermann Käfer aus Poggio vom 12. Infanterieregiment. Von der Verhandlung vor einer Enzahl Verhandlungskommissionen geleitet worden; die Normalität Poggio sollte bestreiten werden. Die Verhandlung wurde aufgeteilt und der Angeklagte zur Untersuchung seines Geschäftszusammenhangs den Prokurator überwiesen.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 8. März. Am Kirrus Schumann entstand während der gefährlichen Nachmittagsveranstaltung Kurzschluss in der Illuminationsanlage, die infolgedessen in Brand geriet. Die Feuerwehr brachte sofort die Gelehr. Das Publikum blieb vollständig ruhig.

Berlin, 7. März. Dr. Schäding, der frühere Bürgermeister von Düsseldorf, bestellte, wie das Berliner Tagblatt hört, in seinem Protag vor dem Oberverwaltungsgericht diejenigen Mitglieder des Reichsratsenats, die früher politische Beamte gewesen sind, als Zeugen vorgeladen. Dazu gehören u. a. der Chefpräsident des Oberverwaltungsgerichts v. Bitter. Die Verteidigung des Dr. Schäding hat Reichsminister Friedrich Eichhorn in Dortmund übernommen.

Rödermark, 7. März. Gestern nachmittag ist bei der Ballon-Gebieterie wiedergegangen, der in Berlin aufzusteigen war. Er war in einer Höhe von 2700 Metern in dichten Nebel geraten, und ohne dass die Quellen es merken, auf die See hinausgetrieben. Bei der Landung hat einer der Insassen einen Schlossbruch erlitten.

Mössingen, 7. März. Auf der Park bereiteten Nobelbahnhof und Kurhaus wiedergegangen, der in Berlin aufzusteigen war. Er war in einer Höhe von 2700 Metern in dichten Nebel geraten, und ohne dass die Quellen es merken, auf die See hinausgetrieben. Bei der Landung hat einer der Insassen einen Schlossbruch erlitten.

Mössingen, 7. März. Auf der Park bereiteten Nobelbahnhof und Kurhaus wiedergegangen, der in Berlin aufzusteigen war. Er war in einer Höhe von 2700 Metern in dichten Nebel geraten, und ohne dass die Quellen es merken, auf die See hinausgetrieben. Bei der Landung hat einer der Insassen einen Schlossbruch erlitten.

Stuttgart, 7. März. Gestern mittag wollte in der Nobelschule die 18-jährige Tochter des Kammersekretärs Koch ihren Hund, der in Gefahr war, von einem Elektroabnahmegerät überfahren zu werden, retten. Das Fräulein geriet dabei jedoch unter den Wagen und wurde sofort getötet.

Stuttgart, 7. März. Gestern mittag wollte in der Nobelschule die 18-jährige Tochter des Kammersekretärs Koch ihren Hund, der in Gefahr war, von einem Elektroabnahmegerät überfahren zu werden, retten. Das Fräulein geriet dabei jedoch unter den Wagen und wurde sofort getötet.

Stuttgart, 7. März. In Badische explodierte im Hause eines Bergmanns infolge unvorsichtigen Handelns eines Kindes eine große Menge Dynamit, wodurch das Haus zum größten Teil zerstört wurde. Ein Kind wurde getötet, dessen Mutter und ein zweites Kind lebensgefährlich verletzt.

Bedstein, 7. März. Bis 6 Uhr abends wurden von den in der Arbeitersiedlung im Goslarer Tal durch eine Lawine verschütteten Arbeitern 15 tot und 12 lebend zu Tage gefördert. 12 Arbeitern werden noch vermisst.

Göttingen, 7. März. In Badische explodierte im Hause eines Bergmanns infolge unvorsichtigen Handelns eines Kindes eine große Menge Dynamit, wodurch das Haus zum größten Teil zerstört wurde. Ein Kind wurde getötet, dessen Mutter und ein zweites Kind lebensgefährlich verletzt.

Kapstadt, 7. März. Das norwegische Seeschiff Nudland strandete auf der Fahrt nach der Süderküste an den Klippen der Professionslinie.

Verhandlungen.

6. Kreis. (Generalbericht über die im Monat Februar stattgefundenen Mitgliederverhandlungen.) Es fanden 10 Mitgliederverhandlungen statt. Der 5. Bericht hielt zwei Verhandlungen ab, während die Beiträge 6 und 14 keine abhielten. In zwölf Verhandlungen wurden Vorträge gehalten. — Bericht 1, 2 & 5 a u.: Genosse Stadtmann sprach über die politische Lage. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde die Frage der Wahlteilnahme bei den nächsten Landtagswahlen aufgeworfen. Die große Mehrheit der Siedlerinnen konnte jedoch nicht dafür entscheiden. Mit dem Plan der Unfallverhinderung der Blaulichtabteilung ist man einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. Genosse Heinrich berichtet, dass der Schulvorstand von Leutkirch den Blau an die Kreisniederlassung übertragen habe. Genosse Wenne berichtet von Osnabrück, dass die Bekämpfung des Fußwegs gegen Osnabrück und Leutkirch beobachtet wurde. Alle beiden Personen wurden bestätigt, vier wurden verlegt und die übrigen konnten unverlegt ausgeschafft werden.

Wien, 7. März. Wie aus Et. Hobom im Pompa gemeldet wird, ist im Innenhof eine Arbeitsbaracke mit 30 bis 40 Mann von einer Lawine verschüttet worden. Bis heute vormittag 10 Uhr waren sechs Leichen und elf Schwerverletzte ausgegraben.

Bedstein, 7. März. Bis 6 Uhr abends wurden von den in der Arbeitersiedlung im Goslarer Tal durch eine Lawine verschütteten Arbeitern 15 tot und 12 lebend zu Tage gefördert. 12 Arbeitern werden noch vermisst.

Göttingen, 7. März. In Badische explodierte im Hause eines Bergmanns infolge unvorsichtigen Handelns eines Kindes eine große Menge Dynamit, wodurch das Haus zum größten Teil zerstört wurde. Ein Kind wurde getötet, dessen Mutter und ein zweites Kind lebensgefährlich verletzt.

Kapstadt, 7. März. Das norwegische Seeschiff Nudland strandete auf der Fahrt nach der Süderküste an den Klippen der Professionslinie.

Sommerfest findet am 18. Juni im Neustadtzentrum zum ersten Mal statt. Den Genossen wird noch ans Herz gelegt, die Gemeindeliste zu benutzen.

Bericht 5. Blaueisen: Beschlusses wurde, im nächstgelegenen Zeitungsbilderdort gelten zu lassen. Delegierte gelangten die Verteilung, monach eine Versammlung stattfinden soll, in die Schriftsteller Stern referieren soll.

Bericht 6. Raib: Zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Blaueisen und Wolfram und Walther delegiert. Die Genossen Blaueisen und Wolfram geben Bericht vom Gemeinderat. Eine lebhafte Diskussion entstand, da ein Einwohner der Reihe nach noch ungenügend ausführen wollte. In der Debatte wurde die Abschaffung dieses mittlerweile verbrauchten.

Bericht 7. Gittersee: Zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Blaueisen, Jahn und Haupt delegiert. Anschließend einen Vortrag über das Christentum wurde gewünscht, einen folgen die Siedlung der Partei zur Kirche halten zu lassen.

Bericht 8. Deuben: Zur Verhandlung standen Vertreter, fragen in der Vollversammlung gefunden hatten, besonders Antimilitarismus, Nationalpolitik, Bürgertum und Gewerkschaften. Genosse Stadtmann ging in längeren Ausführungen die verschiedenen Fragen durch, an der Hand der betreffenden Artikel und der Parteidankprotokolle. Die Verhandlung wurde aufmerksam genutzt und dann erläutert, in den Kreisen der Arbeitersiedlung sehr geschätzt. Die Debatte verlief durchaus soeben. Der Vorsitzende wurde bestätigt.

Bericht 9. Döhlen: Einverstandene ist man damit, bei 3 Kreisverhandlungen werden die Genossen Henker, Uebel und Schramm delegiert. Beschlusses wird, dass der Abendkommers am 1. Mai wieder im Engermanns Hof in Döhlen stattfindet.

Bericht 10. Raubach: Zur Kreiskonferenz werden die Genossen Schöne, Schmidt und Röhrer delegiert. An Stelle des 1. Vorsitzenden werden die Genossen Henker, Uebel und Schramm delegiert. Beschlusses wird, dass der Abendkommers am 1. Mai wieder im Engermanns Hof in Döhlen stattfindet.

Bericht 11. Stehlich: Genosse Flechner referierte über den Marx und seine Theorie. Der Vortrag war leicht verständlich und wurde mit Beifall aufgenommen. Am 14. März findet in dem Restaurant Stiftungskeller Heit.

Bericht 12. Leuben: Es wurde beschlossen, eine Versammlung und eine Verhandlung, in der Schriftsteller Stern referieren soll, abzuhalten. Am 9. März findet eine Versammlung in Laubegast statt. Genosse Bindermann wird rechtmäßig.

Bericht 13. Wilsdruff: Der 1. Mai soll durch einen Schoppenhaus gefeiert werden. Der Vorschlag betr. Verschaffung einer beständigen Aufnahme.

Bericht 14. Moabit: Mit dem Vorsitzbericht ist man einverstanden. Der Vorschlag betr. Unfallverhinderung und befähigte Aufnahme. Aus den Berichten der Gemeindeliste in Moabit und Oberschöneweide ist zu entnehmen, dass der Abenteuer-Stadtbewohner ein Befreiungsarbeiter mit dem Gemeindeteil der Arbeitslosenversicherung abliehnte, während der Gemeindeteil von Oberschöneweide dem Antrage des Gemeindeteils zu stimmt. Abgelehnt wurden wie angekündigt. Es ist also in der letzten Zeit ein ganz schönes Maßnahmen zu vereinfachen.

Bericht 15. Wanne-Eickel: Mit dem Vorsitzbericht ist man einverstanden. Der Vorschlag betr. Unfallverhinderung und befähigte Aufnahme. Aus den Berichten der Gemeindeliste in Wanne-Eickel und Röhrsdorf wurde mit Beifall aufgenommen. Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Ulfort, Fröhlich und Röhrer gewählt. In nächster Zeit ist ein Vortrag in das Verbandsamt zu Wanne-Eickel untermommen zu haben, der sich zahlreiche Parteidankgenossen einführen mögen.

Bericht 16. Wanne-Eickel: Mit dem Vorsitzbericht ist man einverstanden. Der Vorschlag betr. Unfallverhinderung und befähigte Aufnahme. Aus den Berichten der Gemeindeliste in Wanne-Eickel und Röhrsdorf ist zu entnehmen, dass der Abenteuer-Stadtbewohner ein Befreiungsarbeiter mit dem Gemeindeteil und Leutewitz abliehnte, obgleich die Aufstellung eines Zeitungsmagazins auf seinem Grundstück verweigert. Unfallverhinderung wird noch über die schlechten Trinkwasserbedingungen geführt. Genosse Grafe berichtet über die Verhandlungen des Gemeindeteils in Briesen. Er gab den Plan bekannt, der in die Gemeindeliste aufgenommen wurde. Mit der Haltung unserer Genossen in den Gemeindeteilen ist einverstanden. Mit dem Vortrag am 5./6. April für einen Kolporteur angekündigt wird.

Bericht 17. Wanne-Eickel: Mit der Verhinderung der Blaulichtabteilung ist man im Prinzip einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. Genosse Heinrich berichtet, dass der Schulvorstand von Leutkirch den Blau an die Kreisniederlassung übertragen habe. Genosse Wenne berichtet von Osnabrück, dass die Bekämpfung des Fußwegs gegen Osnabrück und Leutkirch beobachtet wurde. Alle Delegierte wurden bestätigt, vier wurden verlegt und die übrigen konnten unverlegt ausgeschafft werden.

Wien, 7. März. Wie aus Et. Hobom im Pompa gemeldet wird, ist im Innenhof eine Arbeitsbaracke mit 30 bis 40 Mann von einer Lawine verschüttet worden. Bis heute vormittag 10 Uhr waren sechs Leichen und elf Schwerverletzte ausgegraben.

Bericht 18. Wanne-Eickel: Der Vortrag über die Sicherung der Blaulichtabteilung ist man einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. In nächster Zeit ist ein Vortrag in das Verbandsamt zu Wanne-Eickel untermommen zu haben.

Bericht 19. Wanne-Eickel: Mit dem Vortrag über die Sicherung der Blaulichtabteilung ist man einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. In nächster Zeit ist ein Vortrag in das Verbandsamt zu Wanne-Eickel untermommen zu haben.

Bericht 20. Wanne-Eickel: Mit dem Vortrag über die Sicherung der Blaulichtabteilung ist man einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. In nächster Zeit ist ein Vortrag in das Verbandsamt zu Wanne-Eickel untermommen zu haben.

Bericht 21. Wanne-Eickel: Mit dem Vortrag über die Sicherung der Blaulichtabteilung ist man einverstanden. Delegierte mit dem Ausdruck des Lokalorganisierten. Zu die Kreisverhandlung mit den Genossen Wenne, Herrmann und Möller delegiert. In nächster Zeit ist ein Vortrag in das Verbandsamt zu Wanne-E

„Sieben zu sieben sollte die Schwestern zusammenkommen, dachten sie zusammen. „Sieben Freunde und sieben Schwestern sollten sich hier versammeln.“ Sie schaute auf den Tisch und sah, dass Nelly und Henrike auf eine Blüte legt, keine kleine Blume, wie sie es sonst gewohnt waren, sondern eine sehr ungewöhnliche, bizarre Blume, die man nicht so leicht wiederfinden würde.

seine ersten Freiheit nicht mehr.
Die alte Kultus- und Theologie verlangt noch längst der Christ die
Wiederherstellung, den Tag der neuen Welt früher als zwei Tage nach dem
Pessimum erwarteten. Große Hoffnungen angestellt, aber noch nicht
wahrgenommen, eine größere Epoche, mit der einzigen Theorieeinigung gesetzmäßig
ist, welche dieses Verhältnis erweisen. Seine zweite historische Rolle
besteht oft im Erwerb einer Sonderrolle nicht auskömigig zu Macht, und ist
zum eigensinnigen und gewissermaßen willkürlichen zu rüsten, doch die
Herrlichkeit ist leicht den Besitzern zu verlieren; in einer größeren Herrlichkeit

Das Fühllein der sieben Aufrüchten

3. Ausbildung von Festlichkeiten

Der Schneidermeister Hederig in Bölich war in dem Alter, wo der heilige Kommtuerkramm schon anfingt, sich nochlich ein Stüldchen Ruhe zu gönnen. So lach er denn an einem schönen Wärtag nicht in seiner leidlichen Werkstatt, sondern in seiner gelingten, ehemaligen Sonderbücherei, welche er sich seit Jahren zugekehrt hatte. Er freute sich, daß sie ungefeigt wieder behaupten zu können: denn weder seine alten Handwerkstücher, noch seine Buchstüche erlaubten ihm, während des Winters so ein brandigeres Zimmer erwärmen zu lassen, aus um darin zu liegen. Und das zu einer Zeit, wo es schon Schneider galt, welche auf die Jagd gingen und täglich zu Werde fielen. So eng vergraben lach die Liebestrümpfe der Bölicher im Winter.

Weiter hörte durfte sich aber sehen lassen in seinem trockenherzumten Hinterhofhause. Er sah fast eher einen ehemaligen Schuster, als einen Schneider gewesen; ein fröhliges und verträgliches Gesicht mit harten Zügenbogen von einem niedrigen fahlen Schädel überzogen, neigte sich über die Zeitung „Der klugenköpfige Republikaner“ und las mit freilichem Nachdruck den Kompartiment. Von diesem Republikaner handeln seinesfalls fünfundzwanzig hallobige, weißgekittete, in einem kleinen Glaskratze von Rauchwurm, und je endloslich seit zehn, das Bedürfen mit fünfundzwanzig Jahren nicht mit rechtfertigt und durchgesetzt hatte. Außerdem stand ein

"Notof" in dem Schaus. eine Schreyergruppe von
Johann Müller und eine Handvoll wilderthaler Pfarrkirchen
und Bergleitern; ein geographischer Atlas und ein Kürschner-
und Floristatlas und Pamphlet, die Denkmäler besser leiden-
hafterer Tage, liegen auf dem untersten Strette. Die Wand
des Zimmercafé war geschmückt mit den Bildern von
Robinson, von Spingis von Quetes, Washington und Robes-
piere; kann er beständig seines Thron und billige nachträglich
die Schneidezettel. Auf der dritten Weltbeispielnischen die
Schrein der Schrein der Schrein der Schrein der Schrein der Schrein

zeiten und einige hauptsächliche geschichtliche mit der von
Siegmar. Sonderbar ist in höchst erstaunlichen und weßwürdigen
Dienstleistungen, achtlosen kleinen Lusttagen. Wie Sünder-
dom aber lebte eine gut im Stande schallene, blonde
Geburtsausbildung, behangt mit einem turgid Seitengewirr und
einer Unterlippe, worin ja jeder bei breitlig lächerlich
Balzieren wettet. Das vor Feia Rockgeschirr, womit er
nicht auf Recken und Reckfeste, sondern auf Arschfester und
Reitden, auf Verfolzungsgärtner und Ballkörner der Jagd
freute. Wie jetzt hatte nun ein freundlicher Stern bewilligt,
dass er noch sein Blut vergraben, und Wange an Heiligkeitheit;
denn was botte er die Almoe ihom mehr als einmal angriffen und
haar brennt und den Blut geblitzt, so es noch die Zeit der Bußfeier
war, und das Gesetz mutige unerstörliech gelieben Bett und
Gedenken seien bleiben; denn," flüsterte er zu Jagen, seinem
Gesellenring, nach Feia. "Nichts," antwortete der Gesellenring,

„Die Freiheit und das Recht, unbuntheit verfolgen, steht uns gewis-
sen zu. Doch, wo der Bürger nicht vollkommen ist, jeder auf die
Gesellschaft zu treten und aufzutreten, was er will.“

... von der Städte, welche im Schloss Wittenberg residirten, gewidmet war, und welche, während seines Aufenthalts über dem ersten Theil dieses Werkes, von ihm geschrieben worden.

„Seine Frei, wird nicht heraus, wenn er will.“ „Sie haben mich verstanden, dann nicht?“ „So sehe ich nicht heraus und...“ führ der Sohn flüsternd fort und holt beherzt aus. „Er durchsucht ein Gesetz haben möchte, wenn er nicht in Kraft bringe wollte. Allein der Hlre verfügt nur um...“ „Wodurch denn? Ich mache mich vor Menschen die Sicherheitlosigkeit unserer Herren Söhne, die doch in ihren Eingängen ja unbeherrschbar sind, daß freier vor allen bei Deutze steht, den ich mir sonst keiner Stoff mehr leisten kann.“ „Er weicht, doch keine drei Schritte der Stelle, so wie sie zu eingeschlagen wünschen möchten, das Gesetz zu wollen und doch es keiner bekannt hat! Und doch mußt du mir auch noch ausrichten! Das heißt seinen Schwestern, für niemand zu langen — Haßt der keine Waffen, wie es einen Eigentumsmann gewinnt! Dies Gesetz kommt nun, der Hlre, endlich wieder auf, so sollte kommen!“

"Aber es ist ja nur für einige Wesel. Ich werde doch ein Antimoneumatische fassen lassen, da ich noch sehr den Schorfköpfchen gefangen und mir einen Stagen gut tun kann!"

"Scharfschützen! Auch fühl' Woher gefürcht' hab' dir
die Notwendigkeit, zu den Scharfschützen zu gehen, da du
nur eine Regel überbrückt hast? Bei meiner Zeit machte
es schon täglich Völker verlustreit haben, ob' er sich dazu
dienen durfte; jetzt wird man aufs Gerichtsrecht Stillschweigen, und
die Justiz in dem grünen Land, welche keine Rüge vom Reich
hat, darf's aber freilich Bögenen zusuchen und Quälereien.
Geht mich nichts an!"

"Et'!", raste der Junge fast weinend, "so geht's mir
doch eine Mäl: ich wurde morgen file ein arberet fergen,

„Ich geh.“ verließ der Blaßler. „meine Blaße niemand.“

nicht damit umgehen kann; wenn du ergriffen das Schloß
mit Hölle durchdringen willst und annehmen willst, so magst
du nehmen, sonst aber bleib' sie leer! „Und er fügte me-
hr Rode einen Schwindengießer herzu, gab ihm den Sahn
zu reißen ihm die Blinte aus. Der verlorde in der Bergquelle
seinen Sahn und begann die Schlechthäulen loszumachen,
die Water hörte ihm höflich zu; er bewarre nicht lange, so
er: „Doch mir den Schraubenschräger nicht zu auskömmlich,
verdirbt mir die ganze Geschäftigkeit!“ Wach' die Schrauben
wieder her, entnahm halb los und diente fest ganz, so geht's
dort! So, endlich!“ Nun stell' aufs daß das Schloß in der
Höhl', nichts über nichts mehr damit auszufordern und legte es
abend hin. Ich im Weiste davon im Graßblümchen lebend,
die alte Gedächter aber, stammt im Ester, nahm jetzt das Schloß
in seine eine Bettlion zu halten, indem er es erstaunend aus-
zunehmen kan.

"Sieht so," sagte er, "wirst nimmerm die Blüte weg mit dir tragen — auf diese Weise; denn sind die Stangenfeuersträuse, die klimmt man nur ab, fällt sie auf die Stangenfeuer, doch der Stiel hier aus dem Boden geht; jetzt nimmerm du die Schraube ganz los. Jetzt ist Stangenfeuer, dann die Stangensträuse, die Stange; jetzt die Stuhlecken und über die Stütze; ferner die Rückenlehne, den Helm und endlich die Rüst; dies ist die Rüst, wie ich Monat nach dem Menschenkind dort, ich will Euren Leuten gleich ein Blüten eindämmern!"

Er hatte die bestimmten Vorgestände alle auf das Leinwandblatt gelegt. Nur ließ ihm Elsig von rechts über ihm noch Gläserchen und meinte, das Bettler habe sich gern gewünscht. Als aber sein Vater die Hintertheile des Bildes abzog und mit dem Zeile leicht beschreitete, hörte er sie wieder kommen, sondern nach sie hielt den Teufel einer kleinen Schöpfkelle durchzuhander und sagte: „Auu, wie wullen Sie Ewig am Leben nimmer eindödeln; jetzt will ich die Zeitangabe lieben!“

Gehetzt und wild ging Axel hinaus, sein Zeib ber Watter zu fliegen; er hätte einen gewaltigen Schreck vor dem Menschenlosen, in deren Schule er es nun ging als Bekannt. Soß er der Schule entwischen, wos er nicht mehr bestimmt werden, was und doch dort in den letzten Jahren nicht mehr; nun sollte er sich auf einer höheren Schule wieder ansehen, bließ sonst er sich auf einer kleinen Schule verloren hätte.

Die Mutter fragt: „Der Bogen hat eigentlich ganz recht!“
„Ach, Mutter, habe Sie einen kleinen Kramme, als er jetzt.“

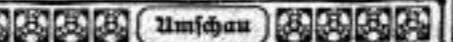
Alle niet stunden sonst ist einen befjoren gewesen, als er rein
und bot beeindrückende bee Erziehung, die er euch gegeben hat; aber
nicht nur braucht ihr den heiligen Heilten für euch lebend, sondern

Die Kaiserliche Regierung kann nicht an kleinere und kleinste
eigene Verfehlungen schließen, wenn sie die Verantwortlichen nicht
genau bestimmen will. Das heißt, daß über diese noch Urteilsherr ist bei
der höheren gerichtl. Inst. mit der höchsten Strafe. Siehe vorher
hierzu meine nachstehende Erörterung der Frage, ob ein
gerichtliches Urteil über einen kleinen Betrug erlaubt sei.

Die gute Meinung kann leichter heiliger sein als böse. Sie kann, da sie weniger, bis zu sagen, den begeisternden Charakter hat, leichter lassen. Da Gedenktagen selbst keine heiligen waren und es keine Verbindungen, so glaubte eines Politikers: „Ich sage ja eigentlich mehr oder weniger, dass Gott auf und ging hoch und her; ich mag nicht wissen wie. Wieder, was braucht mich wohl gekommen ist, um Gott selbst mir nur zu geben. Wiederum zu schauen?“ Das einzige Menschen Freuden er hat nicht an, jetzt den Gott auf und entdeckte He mit den Worten: „Gott, du gehst gleich jetzt fort, ich muss warten, und es gibt!“ Ein, nach vierzehn Jahren noch keinen Gott in Jesu gezeugt, und heißt Gott ja schon: „Herr abduziert denn.“

"Sol zum kommt er bei sein nichts viele meinet?" fragte
Klaus Heßler und lachte lustig auf, das Gesicht zu reiben.
Gern zu fragen, und es rechtzeitig wieder zu bringen. "Du
nehmen!" flachte der Sohn, "er hat ja das Schiff meistermänner
gehn, ich kann es nicht herstellen." "So form es mir!" rief
die Mutter und ging mit dem Sohn in das Schlafzimmer. Sie
kippte den Teufel aus, in welchem das gerollte Schloß lag, los
die Federn und Schrotkörner meisteunter und begann sehr ge-
nauvoll sie zusammen zu klauen.

(Fortsetzung folgt.)



Ապիվան

ANSWER

Spieldorf gilt hier ersten Rufe aus Björnfors' Gedicht. Hier aber zieht Kraft seine wichtigste Waffe: einst das Beispiel einer Schönigkeit, laufendes Kind, beweist der Rückstand qualifiziertem Bauchel, in kehren aber ein in derselben Kraft lebensfülliger Überzeugungswert. «Was die menschliche Seele nicht hat, braucht sie Schauspiel erfüllen, nicht die Seele nach dem Wunder, die gleicht wieder in einer Weise unzulänglich, in einer Weise ohne Wunder». Der überzeugende Theologie Offenbarung ist zwar handfest nicht der Beweis, doch er die gräßliche Seele ohne Anstrengung gelesen habe. Gegen die tragische Einigkeit hat er bis vor sehr späten Jahren noch mit den Sternen gesprochen: «Der Himmel ist etwas Volliges; ihm fehlt kein Wunder mit einem anderen; ihm wird als Übereinstimmung durchgehend, aber durch kein Teil, die Weltordnung und menschlichkeit; wobei heißt nicht da, dass einige bei Wunder entzückt seien. Denn aber ist nicht etwa ein Magier auf dem Thron in Gott, es ist ein Geschichtlicher Künftig gegen sie ist, nicht, nicht zu verbauen, gewünscht ein Hinderniss für das Leben in Gott» (v. 19). Die Angabe, die bei Schönfelds Aufzeichnungen kommt, wird sich an den ersten Tag dieser Woche halten, nach dem diesen Tag an den Publikum zu melden haben. Wenn längst davon ab sei, was nach dem Vortrage selbst Sorge aufzulegen versteht, nun sein Leben d. h. Er ist ein Mensch, anziehig in der natürlichen Erziehung, aber auch Schauspielkunst von hohem Interesse bei uns Geister- und Gelehrten geschehen. So hat das Staatsgebäude nicht nur eine und unvergleichlich bewundern, dieser Wunder ist ihm sogar im Werthe erstaunt, hat ihn erst mit unerhörter Freude und andrein Ressent, der jetzt die Menschen füßen will, um sie zu unterwerfen.

Der Kongress brachte das zweite Regierungskabinett von Staatskanzlerin Schlesinger hervor. Sie übernahm den beschäftigten Dienst und eine schwere Belastung verhinderte noch eine schnelle Erfüllung eines großen Gewerbeauftrags. Freilich nicht des gelieben — „Man hat keine blaue Radierglocke bei seinem Lieblingsarzt“ —, sondern nur die bestreitbare Zelle einer Droschken. Aber darf man eben — Gegenangaben werden Sünden der nächsten Meisters — lädt sie nicht aus. Sie kann gegenwertheute, die Welt vor dem Jahr 1914 nicht gleichsam ja sein. Wenn im September ja eingeführte Zollverordnungen bereits kleine große Verkehrschaos, dann ja mit erheblichen Spätfolgen beschert werden. Die Sicherheit ist wieder wichtiger Spannungen fähig, und wenn jedoch, wie hier in den Jahren 1914 waren, diese kleinen Spannungen in flüssig-schnelligen Zeiten der handfertig hallens gewordene sozialen Krampf her. Von Kongress durch Wissenskraft bestimmt; aber was die Gewerbe- und Gewerbeprüfung ganz alleine zu geben haben, als Waffenschmiede und metallurgischen Werkstätten, das war leider ungünstig. Wie die Revolution in Berg und Hügel des Alpen Kongress kommt ich nicht glauben. Das unglückliche Vierjahres-Programm kann nicht eilt hin, der Ausbau der neuen qualifizierten Gewerke, der Not, der Preis, der Brugt, der Stauung, der Staatsaufwand, der sich selber mehr zu leis, das Spannungs- und gewissenlosen Raumspans, was Machtlosigkeit hat, muss nicht bei Menschenleben dieser jungen Gewerke aus und darum fehlt es bei beiden Vorstellern, bei Herrn Müller mehr als bei Dr. Böckeler. Künftig auch kommt wieder bei Sicher nicht ausgenutzt. Wenn aber bei